

Signatur: 2026.SR.0120
Geschäftstyp: Interpellation
Erstunterzeichnende: Matteo Micieli (PdA), Raffael Joggi (AL), Anouk Ursin (AL)
Mitunterzeichnende: Tobias Sennhauser
Einreichtdatum: 26. März 2026

Interpellation: Auswirkungen und Massnahmen EP27

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die Auswirkungen des Entlastungspakets 2027 des Bundes insgesamt auf die Stadt Bern?
 - 1.1. Welche Haltung vertritt der Gemeinderat insbesondere in Bezug auf die sozialen Auswirkungen und die Lastenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden?
 - 1.2. Hat sich der Gemeinderat dazu positioniert oder plant er eine Stellungnahme (z. B. im Rahmen von Vernehmlassungen oder über den Kanton Bern)?
 - 1.3. Steht der Gemeinderat im Austausch mit dem Kanton Bern oder anderen Städten bezüglich der erwarteten Auswirkungen des Entlastungspakets und sind gemeinsame politische oder finanzielle Strategien vorgesehen?
2. Welche Massnahmen des Entlastungspakets werden nach Einschätzung des Gemeinderats direkte oder indirekte Auswirkungen (bspw. auf Kultur, Bildung oder Zunahme von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen) auf die Stadt Bern haben, und wie hoch schätzt er die daraus resultierenden finanziellen Folgen (insbesondere im Bereich der Sozialausgaben)?
3. Welche Bevölkerungsgruppen in der Stadt Bern sind nach Einschätzung des Gemeinderats besonders von den geplanten Sparmassnahmen betroffen (z. B. Sozialhilfebeziehende, Personen in Ausbildung, Asylsuchende, Studierende, Familien, Menschen mit tiefem Einkommen aber auch Bundespersonal)?
4. Wie gedenkt der Gemeinderat mit möglichen Mehrbelastungen für die Stadt umzugehen?
 - 4.1. Welche Vorbereitungen hat der Gemeinderat bislang getroffen, um auf die Auswirkungen des Entlastungspakets zu reagieren?
 - 4.2. Sind konkrete Gegenmassnahmen geplant, um negative soziale Auswirkungen für die Bevölkerung der Stadt Bern abzufedern?

Begründung

Der Bundesrat hat Ende Januar 2025 das "Entlastungspaket 27" (EP27) vorgeschlagen. Nach der Entscheidung des Parlaments mehr für die Armee auszugeben, möchte der Bundesrat mittels EP27 "grosse Defizite verhindern, die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten und den Bundeshaushalt mittelfristig wieder ins Gleichgewicht bringen." Das Sparpaket sollte (gemäss Vorschlag des Bundesrates) 2027 2,7 Milliarden und 2028 3,6 Milliarden "Einsparungen" bringen. Die Kosten dieser Sparmassnahmen werden jedoch auf die Schweizer Bevölkerung abgewälzt. Die Sparmassnahmen treffen in erster Linie die Bildung, die Randregionen und die Menschen, die bereits am meisten geschwächt und ausgebeutet werden. Sie werden unter anderem eine Erhöhung der Studiengebühren und der Billetpreise, aber auch Rückschritte in der Klimapolitik, in der Forschung und im Asylbereich zur Folge haben.

Für Städte wie Bern, die bereits heute einen erheblichen Teil der sozialen Infrastruktur tragen – etwa in den Bereichen Sozialhilfe, Integration, Bildung und Kultur – besteht die Gefahr, dass sich diese Belastung weiter verstärkt. Der Druck etwa auf einkommensschwache Haushalte ist ohnehin

schon hoch und das Entlastungspaket droht diese Situation weiter zu verschärfen. So ist davon auszugehen, dass Einschnitte auf Bundesebene zu einer Zunahme von Sozialhilfe und anderen Unterstützungsleistungen führen können – etwa dann, wenn Leistungen reduziert oder Zugänge erschwert werden. Die finanziellen und strukturellen Folgen würden in erheblichem Umfang bei den Gemeinden anfallen.

Hinzu kommen konkrete Massnahmen wie höhere Studiengebühren, die den Zugang zu Bildung weiter erschweren und insbesondere Studierende aus einkommensschwachen Haushalten treffen. In einer Stadt wie Bern mit ihrer grossen Studierendenbevölkerung führt dies zwangsläufig zu einer weiteren Prekarisierung: mehr Erwerbsdruck neben dem Studium, unsichere Wohnverhältnisse und eine wachsende Abhängigkeit von Unterstützungssystemen. Bildung droht damit noch stärker vom Einkommen der Eltern abhängig zu werden – mit direkten sozialen Folgekosten, die wiederum bei der Stadt landen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die zentrale Frage, ob und in welchem Ausmass das Entlastungspaket letztlich eine Entlastung des Bundes auf Kosten der Städte und der Bevölkerung darstellt. Für die Stadt Bern ist es deshalb entscheidend, frühzeitig Klarheit über die zu erwartenden Auswirkungen zu gewinnen und zu prüfen, welche politischen und finanziellen Handlungsmöglichkeiten bestehen, um negative soziale Folgen